Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt“: Jeden Montag „Zeitgeist“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustrierte Witzblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus, Hof, Garten“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch d. Exped. d. Blattes möglich. In Berlin abonniert man b. d. Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Bezugs- und Anzeigen-Preis.

Durch die Post bezog. vierteljl. 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin b. tägl. zweimalig. Zustellung monatl. 2 M., viertelj. 6 M. Direkt unter Kreuzb. monatl.; fürs Ausland 5 M., fürs Inland 5.20 M. Inserate 1 Zeile 80 Pf. („General-Anzeiger“ und „Wohnungs-Anzeiger“ 50 Pf.) Inserat.- u. Abonn.-Ann. in der Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49 u. d. Filial.: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Bahnhofstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenauerstr. 5; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 81; Frankfurterallee 61, 62; Blücherstr. 60; Wienerstr. 1-6; Prenzlauerallee 54; Schulzendorferstr. 27; Charlottenburg, Kantstr. 84; Friedenau-Steglitz, Rheinstr. 89; Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129; Pankow, Bornholmerstr. 1; Rixdorf, Berlinerstr. 41; Schöneberg, Hauptstr. 155; Weißensee, Königs-Chaussee 41 b; Wilmersdorf, Uhlandstr. 38/39.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 112
39. Jahrgang

Donnerstag
3. März 1910

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 18.

Die Staatsphilosophie des Reichskanzlers.

Von [Nachdruck verboten.]

Professor Dr. Walther Schücking in Marburg.

Es gibt Männer, die, ohne Philosophen zu sein, eine merkwürdige Gabe haben, den Pulsschlag ihrer Zeit zu fühlen. Ein solcher Mann war Bismarck. Als er sich Ende der siebziger Jahre vom Liberalismus trennte, um wieder in mehr konservative Bahnen einzulenken, wagte er diese politische Wendung doch nur, indem er gleichzeitig den Liberalismus übertrumpfte und den Forderungen des Tages entsprechend eine Aera der sozialpolitischen Gesetzgebung einleitete, für die leider weite Kreise des Liberalismus noch keinerlei Verständnis hatten. Unser neuer Reichskanzler neigt mehr dazu, die Dinge als Staatsphilosoph zu betrachten. Ihm schwebt ein Staatsideal vor, bei dem die Bureaukratie sich von einem möglichst parteilosen Parlament, wie etwa die landwirtschaftliche Verwaltung vom Landesökonomiekollegium, beraten läßt. Die große Masse soll als zu wenig sachverständig auf die Zusammensetzung dieses Parlaments möglichst geringen Einfluß haben; die „zuverlässigen“ Elemente sollen möglichst beim Wahlrecht bevorzugt werden. In Wahrheit ist seine Staatsidee längst zu Grabe getragen.

Wie hat sich denn das deutsche Staatsleben entwickelt? Am Anfang steht der altdeutsche Genossenschaftsstaat. Gleiches Recht und gleiche Pflicht für alle. Die höchste Gewalt ist bei der Volksversammlung. Der König ist nach dem trefflichen Wort des Rechtshistorikers v. Amira nur der Zentralbeamte seines Volkes. Das ist die germanische Anschauung vom Königtum, die noch auf der Höhe des Mittelalters in Dantes Lehre vom Weltkaisertum nachklingt. Wenn irgend ein Volk, so traten die Germanen als Demokraten in die Geschichte. Es ist deshalb ein seltsamer Widerspruch, wenn heute so manche Anhänger des „reinen Deutschtums“ von demokratischen Forderungen nichts wissen wollen. Das beweist, was sich auch sonst konstatieren läßt, daß dieses nationalistische Deutschtum sich von den Wurzeln deutschen Wesens leider sehr weit entfernt hat. Je reiner tatsächlich in Deutschland die Bevölkerung germanisch ist, um so demokratischer denkt sie. Der Freiherr v. Stein pflegte zu sagen, er sei am liebsten auf seinen Besitzungen in Westfalen, denn dort grüße ihn der niedrigste Bauer nicht, wenn er ihn nicht zuerst gegrüßt habe. Das ist noch heute der Stolz des Niedersachsen, der keinen Herrn kennt, und der fürchtet, sein Gruß möchte angesichts der tatsächlichen Verschiedenheit der sozialen Stellung nicht oder nur unvollkommen erwidert werden. Freilich ist es der Fluch des Kulturkampfes, daß der politischen Vertretung der Demokratie diese Elemente als Wähler verloren gegangen sind. Trotzdem ist die demokratische Unterströmung aus altdeutscher Zeit dort noch heute vorhanden, und ein preußischer Landrat aus einem der schwärzesten Zentrumskreise hat mir noch neulich gestagt, innerlich seien seine Kreiseingesessenen alle rot.

Auf den altdeutschen Genossenschaftsstaat folgte der Feudalstaat des Mittelalters. Die Notwendigkeit des Reiterheeres im Kampfe gegen die Araber führte dazu, daß sich mit der Wehrverfassung auch die politischen Verhältnisse verschoben. Die ehemaligen gemeinfreien Genossen gerieten in Abhängigkeit von den großen Grundherren, die für sie den militärischen Schutz übernahmen. Zwischen dem einzelnen ehemaligen Staatsgenossen und dem Staatswesen des Mittelalters gab es kaum noch ein unmittelbares Band, zwischen das Königtum und die einzelnen schoben sich die Lehnsgewalten. Die stärksten dieser Lehnsgewalten waren die aus den königlichen Beamten hervorgegangenen Territorialherren, durch Emanzipation vom Königtum und durch Konzentration nach unten gelang es ihnen, die kleineren Gewalten der Feudalen in ihren Territorien aufzusaugen. So wurde der Feudalstaat des Mittelalters durch den absolutistischen Herrschaftsstaat abgelöst. Diese Umwandlung hat schwere Kämpfe gekostet, und wenn die preußischen Junker behaupten, daß sie den preußischen Staat begründet hätten, so kann man mit viel besserem Rechte sagen, daß der preußische Staat von seinen Herrschern in bewußtem Kampfe gegen die Junker gegründet worden; man braucht nur an die Kämpfe erinnern, die Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, überall gegen die feudalen Stände zu führen hatte, um aus den weit voneinander gelegenen Territorien mit mittelalterlicher Verfassung ein einheitliches, neuzeitliches Staatswesen zu schaffen. Wiederum war es nur der Wechsel in der Heeresverfassung, die Einrichtung des stehenden Söldnerheeres nach Erfindung des Schießpulvers, die dem Territorialherrn im Kampf gegen seine Feudalen die nötigen Machtmittel gab. Im absolutistischen Herrschaftsstaate ist wieder eine Beziehung zwischen dem Staatsoberhaupt und dem einzelnen hergestellt, aber der einzelne ist nur Objekt für die staatliche Herrschaft, die ihm als etwas Fremdes und oft scheinbar Feindseliges gegenübersteht. Das ist der letzte historische Grund dafür, daß noch heute oft unser Publikum geneigt ist, gegen den Schutzmann Partei zu ergreifen, statt, wie in England, ihm zu Hilfe zu kommen. — Das ist aber auch der Grund für den eigenartigen Ton der Liebloſigkeit und Grobheit, mit dem gelegentlich der Beamte glaubt, das Publikum anschnauzen zu dürfen.

Die französische Revolution hat das unauslöschliche Verdienst, die passive Stellung des Untertans in die aktive des Staatsbürgers verwandelt zu haben. Nachdem in Preußen wie in altdeutscher Zeit die Verteidigung des Vaterlandes wieder in die Hände des Volkes gelegt ist, kann sich die Herrschaft des Königs weder auf Ritter noch auf Söldner, sondern nur auf das Volk selbst stützen. Der absolutistische Beamtenstaat wandelt sich wieder zum Volksstaat. Und je mehr die breiten Schichten zur Kultur und zum Selbstbewußtsein aufsteigen, um so mehr wollen sie ihren Willen zur Geltung bringen im Staat. Die Entwickelung zielt zum altdeutschen Genossenschaftsstaat gleichberechtigter Personen. Und wenn der überirdische Glanz der Krone im Lichte einer modernen Weltanschauung verblassen muß, so wird man den Monarchen um so mehr ehren als den Vertrauensmann seines Volkes.

Kein Eisenbahnerstreik in Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 2. März.

Die Gefahr eines partiellen Verkehrsstreiks auf den Staatsbahnen scheint zunächst vermieden zu sein. Die Abordnung der Angestellten der Westbahn ist vom Betriebsdirektor und später noch einmal vom Minister Millerand empfangen worden und hat befriedigende Zusicherungen erhalten.

In Halluin kam es gestern zu Ausschreitungen streikender Weber. Da sich die Gendarmerie machtlos erwies, mußten Truppen aus Lille herbeigerufen werden, um die Fabriken vor der Plünderung zu schützen. Menschenleben kamen nicht in Gefahr.

Die Werftskandale in Toulon nehmen täglich größere Bedeutung an. Nach der Verhaftung des Herrn Jauze-Valoy, bei dem eine Zentralstelle für Lieferungsschiebungen und Bestechung nach den Angaben des „Matin“ sich befunden hat, sind nun fünfzehn Untersuchungskommissionen eingesetzt, die in Paris und in den Marinehöfen die Vertreter der Firmen und Handelshäuser für den Flottenbedarf vernehmen sollen. In Paris sind fünf solche Kommissionen tätig, die mit der Unterstützung der Kriminalpolizei arbeiten. Pariser Firmen, die ungesetzlicher Machenschaften verdächtig sind, werden noch nicht genannt. Dagegen wird aus Corbeil berichtet, daß in den Werkstätten der Firma Décauville die Korrespondenz mit Beschlag belegt wurde.

Rußland und die Balkanbundpläne.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 2. März.

In Wiener diplomatischen Kreisen erwartet man mit Spannung die Ergebnisse der Reise des Königs Ferdinand nach Petersburg und schenkt auch dem Besuche des Königs Peter am Zarenhofe erhöhte Beachtung, um so mehr als inzwischen durch die Ausweisung der montenegrinischen Flüchtlinge aus Serbien eine entschiedene Besserung der Beziehungen Serbiens zu Montenegro angebahnt worden ist. Sollten diese Vorgänge darauf hindeuten, daß sich die Balkanbundpläne einer Verwirklichung nähern, so würde das, meint man hier, eine erhebliche Zuspitzung der Lage am Balkan zur Folge haben müssen. Die Bildung eines Balkanbundes wäre mit den auf die Erhaltung des Status quo am Balkan gerichteten Tendenzen gänzlich unvereinbar. Eine Forderung der Balkanbundpläne durch Rußland müßte daher lähmend auf die versuchte österreichisch-russische Annäherung wirken, deren erste Vorbedingung, nach der Wiener Auffassung, das Prinzip des Status quo sein müßte.

*

Die ganz außerordentlich freundliche Aufnahme, die der bulgarische Zar am Petersburger Hofe gefunden hat, gibt natürlich Anlaß zu den weitestgehenden politischen Kombinationen und Gerüchten aller Art. Ein Petersburger Blatt behauptet, Rußland habe **Bulgarien die Kriegsschiffe geschenkt,** eine Meldung, die freilich wenig glaubwürdig klang, da Rußland selbst keinen Ueberfluß an brauchbaren Schiffen hat. Die russische Regierung läßt aber doch, wie uns aus Petersburg telegraphiert wird, ausdrücklich erklären, daß von keinerlei Geschenk oder auch nur von einem Verkaufe von Kriegsschiffen Rußlands an Bulgarien die Rede gewesen und die Meldung ihrem ganzen Umfang nach erfunden sei. Das Dementi wird in Konstantinopel, wo man die Julizarenentrevue mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt, nur angenehm berühren.

Milowanowitsch über seine Reise nach Konstantinopel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Sofia, 2. März.

Der serbische Minister des Aeußeren Milowanowitsch, der heute hier durchreiste, hatte auf dem Bahnhofe eine Unterredung mit einer Gruppe von Journalisten. Ueber seine Reise nach Konstantinopel äußerte er, daß diese zwar nicht in besonderer Mission erfolge, trotzdem aber hauptsächlich bezwecke, die Türken von den friedlichen Absichten Serbiens zu überzeugen. Es liege im Interesse Serbiens, Bulgariens und der Türkei, daß alle drei Staaten die freundschaftlichsten Beziehungen zueinander pflegen. Eine gemeinsame Verständigung sei daher anzustreben. Milowanowitsch kündigte seinen Besuch in Sofia auf der Rückreise von Konstantinopel an und fügte hinzu, daß der bulgarische Premierminister Malinow demnächst einen Besuch in Belgrad machen werde.

Die Linienschiffskreuzer.

In Nr. 87 dieser Zeitung vom 23. Februar habe ich davor gewarnt, die Ausgaben für unsere Flotte in dem bisherigen Maße weiter zu steigern, weil schließlich das Landheer für Deutschlands Verteidigung ausschlaggebender sei als jene. Wir müßten die Gesamtheit unserer Rüstungsausgaben mit der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes in Einklang bringen und dürften von der so festgestellten Summe für die Flotte nur so viel verwenden, als das Landheer entbehren könne. In diesem Zusammenhange habe ich dann weiter ausgeführt, daß wir im Begriffe sind, die Grundlagen des Flottengesetzes zu verschieben, weil wir tatsächlich nicht 38, sondern 58 Schlachtschiffe bauten. Denn unsere modernen Panzerkreuzer (deren Bau mit dem Kreuzer „von der Tann“ begonnen hat) seien nicht mehr das, was man beim Erlaß des Flottengesetzes darunter verstanden habe, sondern vielmehr Schlachtschiffe, die auch in der Linie mitkämpfen könnten. Ich habe den Wunsch ausgesprochen, wir möchten uns in dem ursprünglichen Rahmen des Flottengesetzes halten und lieber den Bau der Unterseeboote mehr als bisher fördern. Hierbei wies ich darauf hin, daß weder die Vereinigten Staaten noch Frankreich solche „Linienschiffskreuzer“ bauten und daß insbesondere letzteres sich in seinem neuesten Programm auf 28 Schlachtschiffe beschränken wolle.

Dieser Aufsatz hat englischen Zeitungen Gelegenheit geboten, von einer deutschen „Marineüberraschung“ zu sprechen. Nirgendswo wird man mehr über diese vermeintliche Ueberraschung gelacht haben, als auf der englischen Admiralität, wo man die Sachlage sehr genau kennt. Ich setze hier die Stelle aus Brasseys „Naval annual“ 1909 im Wortlaut her, die sich mit unseren ersten Linienschiffskreuzern beschäftigt (Seite 23): „The cruiser-battleship F was launched at the yard of Messrs. Blohm & Voss, Hamburg, on March 20th. 1909, and has been named the Von der Tann. Cruiser G, of the programme of 1908, is also under construction at the same yard. It has been reported, that these ships are to displace 18 700 tons and will carry twelwe 11-in guns, as compared with the eight 12-in guns of our Indomitable class.“ *)

Natürlich aber hat sich die deutsche reaktionäre Presse die schöne Gelegenheit nicht entgehen lassen, über mich in dem vom Stalldunst durchtränkten Tone herzufallen, den sie ihren Auftraggebern, den Junkern, abgelauscht hat. Es wäre nach dem intellektuellen Tiefstande des Blattes und der Aermlichkeit des Verfassers unrichtig, sich mit den Angriffen der „Deutschen Tageszeitung“ zu beschäftigen. Mit solchen Harmlosigkeiten belästigt man die Oeffentlichkeit nicht. Nichtswürdiger und verlogener ist ein Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ — jenes „angeblich freisinnigen, in Wahrheit absolut gesinnungslosen“, chauvinistisch hetzenden Blattes, das man in Münchener Bildungskreisen nur „das Käsblatt“ nennt — mit der auf das schrecklichste vorbereitenden Ueberschrift: „Leichtfertig oder —?“ Er gibt sich den Anschein, als habe ich etwas „enthüllen“ (im Original mit Anführungsstrichen versehen), als habe ich gewissermaßen den Engländern die bösen Absichten Deutschlands denunzieren wollen. Der Aufsatz der „Münchener Neuesten Nachrichten“ gibt sich aber weiter — und zwar in bewußt wahrheitswidriger Weise — den Anschein, als hätte ich behauptet, daß die deutsche Admiralität mit der Konstruktion dieser „Linienschiffskreuzer“ einen ganz neuen Weg betreten habe, der vorher keinen Vorgang in irgendeinem anderen Lande gehabt habe. Und doch hätte ich es so leicht gehabt, mich über die wahre Sachlage (nämlich den Vorgang Englands im Bau von Linienschiffskreuzern) zu orientieren, da Kapitän zur S. v. Pustau im Februarheft der „Marinerundschau“ darüber z. S. v. Pustau im Februarheft der „Marinerundschau“ darüber berichtet habe. Daraufhin wird mir nun eine Blütenlese der erlesensten Unrichtigkeiten an den Kopf geworfen: „unstillbare Eitelkeit“, „jedes erträgliche Maß politischer Takt- und Anstandsverletzung“, „krasse Ignoranz“, „außerordentliche Leichtfertigkeit“, „bedauerlicher Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl“, wie sie eben nur in den Schimpfwörterlexikon dieser offiziösen Gesellschaft vorkommen. Nicht daß mich solche Menschen beleidigen könnten, aber ihre Lügen und Verleum-

* Der „Linienschiffskreuzer F“ lief am 20. März 1909 auf der Werft von Blohm und Voß, Hamburg, vom Stapel und ist „Von der Tann“ genannt worden. Kreuzer „G“ aus dem Flottenprogramm von 1908 ist auf der gleichen Werft in Bau. Es ist berichtet worden, daß diese Schiffe 18 700 Tons verdrängen und zudem 28 Zentimetergeschütze führen gegenüber den acht 30,5-Zentimeter unserer Indomitable-Klasse (das sind die ersten englischen Linienschiffskreuzer).